

AKTIV UND NACHHALTIG GESTALTEN: FÜR EINE GUTE ZUKUNFT DER BERGBAUREGIONEN

Wir stehen vor einer umfassenden Transformation des industriellen Kernes unserer Wirtschaft - in der Energiewirtschaft, in den energieintensiven Industrien und in der Automobilindustrie.

Die aktuelle Debatte um die Kohle ist nur der Einstieg in einen umfangreichen ökonomischen Veränderungsprozesses, der unsere Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten erfassen wird.

Anders als in der Digitalisierung, die eine ebenso einschneidende Veränderung darstellen wird, geht es bei dieser Transformation um einen Strukturwandel, der seinen Ausgangspunkt nicht in der Ökonomie, sondern in demokratischen Beschlüssen der Politik hat. Darum muss Politik hier eine besondere Verantwortung übernehmen.

Die Energiewirtschaft ist Vorreiter in der deutschen Energiewende. Zwischen 1990 und 2020 werden gut 35 Prozent CO₂-Einsparung realisiert. In der Energiewirtschaft sind es über 38 Prozent – die Branche ist damit weiter als andere.

Von den Ergebnissen in der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hängt es jetzt auch davon ab, ob die Wende hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft gelingen kann - oder ob sie in der Mitte stecken bleibt oder gar auf Ablehnung stößt.

An den großen Industriestandorten schauen viele Beschäftigte darauf, wie Politik und Gesellschaft diesen Wandel gestalten. Sie wollen wissen, ob Zukunftsperspektiven für Menschen oder Regionen entwickelt werden und Wohlstand erhalten bleibt.

Mit der Art und Weise, wie wir diesen Veränderungsprozess gestalten, beeinflussen wir konkret die Biographie vieler Beschäftigter und ihren Familien. Die Politik steht darum in einer besonderen Verantwortung, Wege zu eröffnen, die mit dem Anspruch der Menschen auf ein gutes Leben in Einklang zu bringen sind.

In der Energieerzeugung und den energieintensiven Industrien arbeiten mehr als eine Million Beschäftigte. Sie bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – und sie werden weiterhin gebraucht. Denn unsere Branchen Bergbau, Chemie, Energie, Erdöl und Erdgas, Glas, Kautschuk, Keramik, Kunststoffe und nichtmetallische Werkstoffe, Leder, Papier, Umwelt, Wasser und Ver- und Entsorgungsbetriebe sichern auch in Zukunft unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität. Die Beschäftigten wissen, dass unser Energiesystem im Wandel ist und dass sich auch ihre Arbeit wandeln wird. Und sie sind bereit, diesen Weg zu gehen – wenn die Bedingungen fair sind.

Wir können es schaffen, die Klimaziele 2030 und 2050 im Energiesektor zu erreichen.

Wir können das schaffen, wenn wir

- den Beschäftigten und den Menschen in der Lausitz, im mitteldeutschen und im rheinischen Revier Sicherheit garantieren und reale Zukunftsperspektiven eröffnen.
- die dringend notwendigen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der Energiewende schaffen, wie den Ausbau von Netzen und Speichern.
- auch zukünftig den energieintensiven Industrien wettbewerbsfähige Energiepreise ermöglichen.
- wenn wir ein Niveau an Versorgungssicherheit garantieren können, das einem Industrieland angemessen ist.

Die Transformation muss darum aktiv politisch gestaltet werden. Für die Entfesselung der notwendigen Innovationspotenziale werden wir enorme finanzielle Mittel aufwenden müssen, private und öffentliche. Forschungsförderung, Innovationsförderung, Investitionsförderung müssen dafür neu aufgestellt und integriert werden.

Dies wird mit den gegenwärtigen Haushaltplanungen und mit dem Ziel einer schwarzen Null nicht gelingen. Das wird erst recht nicht mit rückläufigen Investitionen in Neuanlagen am Standort Deutschland gelingen. Wer diesen Wandel ernst nimmt, muss an die enormen Vermögen ran, die sich auftürmen, sie der Spekulation entziehen und ihnen Anreize bieten, sich an der Gestaltung dieser Transformation zu beteiligen.

Wir stellen die Menschen in den Mittelpunkt. Die Beschäftigten und ihre Familien und die vielen Menschen in den Regionen und Revieren, die direkt und indirekt von Energieerzeugung und energieintensiver Industrie abhängen. Wir lassen nicht zu, dass sie in diesem Veränderungsprozess unter die Räder kommen.

Deshalb ist es richtig, dass das Thema Strukturwandel in der Kommission an erster Stelle steht. Ihre Arbeit ist nicht getan, bevor nicht belastbare und nachhaltige Zukunftskonzepte für das Rheinische Revier, die Lausitz, das Mitteldeutsche Revier und die vielen anderen betroffenen Regionen in Deutschland vereinbart sind. Die Menschen in diesen Branchen und Regionen haben viel geleistet. Sie haben einen Anspruch auf verlässliche Rahmenbedingungen für die Zukunft. Diesen Anspruch fordern wir ein.